

Geschäftsbericht 2008

Bundesgericht



Allgemeiner Teil	6
Zusammensetzung des Gerichts	6
Gerichtsorganisation	9
Geschäftslast	9
Koordination der Rechtsprechung	10
Gerichtsverwaltung	10
Aufsichtstätigkeit gegenüber den erstinstanzlichen Gerichten	12
Zusammenarbeit mit den erstinstanzlichen Gerichten	13
Eidgenössische Erlasskommission für die direkte Bundessteuer	13
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte	14
Hinweise an den Gesetzgeber	15
Statistiken	18

Geschäftsbericht des Bundesgerichts 2008

17. Februar 2009

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Bundesgerichtsgesetz erstatten wir Ihnen den Bericht über unsere Tätigkeit im Jahre 2008.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Bundesgerichts

Der Präsident:	Lorenz Meyer
Der Generalsekretär:	Paul Tschümperlin

Allgemeiner Teil

Zusammensetzung des Gerichts

Leitungsorgane

Präsidium

Bundesgerichtspräsident: Arthur Aeschlimann
Vizepräsidentin: Susanne Leuzinger

Verwaltungskommission

Präsident: Arthur Aeschlimann
Vizepräsidentin: Susanne Leuzinger
Mitglied: Lorenz Meyer

Präsidentenkonferenz

Vorsitzender: Bernard Corboz, Präsident I. ZirA
Mitglieder: Ulrich Meyer, Präsident II. SorA
Roland Schneider, Präsident StrA
Michel Féraud, Präsident I. OerA
Niccolò Raselli, Präsident II. ZirA
Thomas Merkli, Präsident II. OerA
Rudolf Ursprung, Präsident I. SorA

Stab Leitungsorgane

Generalsekretär: Paul Tschümperlin
Stellvertreter: Jacques Bühler

Abteilungen

Erste öffentlich-rechtliche Abteilung (I. OerA)

Präsident: Michel Féraud
Mitglieder: Heinz Aemisegger
Arthur Aeschlimann
Bertrand Reeb
Jean Fonjallaz
Ivo Eusebio

Zweite öffentlich-rechtliche Abteilung (II. OerA)

Präsident: Thomas Merkli
Mitglieder: Adrian Hungerbühler
Robert Müller
Danielle Yersin (bis 30.6.)
Peter Karlen
Florence Aubry Girardin
Yves Donzallaz (ab 1.7.)

Erste zivilrechtliche Abteilung (I. ZirA)

Präsident: Bernard Corboz
Mitglieder: Kathrin Klett
Vera Rottenberg Liatowitsch
Gilbert Kolly
Christina Kiss

Zweite zivilrechtliche Abteilung (II. ZirA)

Präsident: Niccolò Raselli
Mitglieder: Elisabeth Escher
Lorenz Meyer
Fabienne Hohl
Luca Marazzi
Laura Jacquemoud

Strafrechtliche Abteilung (StrA)

Präsident: Roland Schneider
Mitglieder: Hans Wiprächtiger
Pierre Ferrari
Dominique Favre
Andreas Zünd
Hans Mathys

Erste sozialrechtliche Abteilung (I. SorA)

Präsident: Rudolf Ursprung
Mitglieder: Ursula Widmer
Alois Lustenberger
Susanne Leuzinger
Jean-Maurice Frésard

Zweite sozialrechtliche Abteilung (II. SorA)

Präsident: Ulrich Meyer
Mitglieder: Aldo Borella
Yves Kern
Hansjörg Seiler

Rekurskommission

Präsident: Robert Müller
Mitglieder: Vera Rottenberg Liatowitsch
Yves Kern
in Personalangelegenheiten zusätzlich: Jean-Marc Berthoud
Thomas Hugli Yar
Ersatzleute: Antoine Thélin
Josef Fessler

Zusammensetzung des Gerichts

Im Berichtsjahr amtierten Arthur Aeschlimann als Präsident und Susanne Leuzinger als Vizepräsidentin des Gerichts. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte am 3.12.2008 für die Amtsperiode 2009/2010 Lorenz Meyer zum Präsidenten und Susanne Leuzinger zur Vizepräsidentin des Bundesgerichts. Das Gesamtgericht wählte am 14.10.2008 ebenfalls für die neue Zweijahresperiode Gilbert Kolly zum dritten Mitglied der Verwaltungskommission. Im Übrigen konstituierte sich das Gesamtgericht mit Beschlüssen vom 28.10.2008 und 24.11.2008 für die Zweijahresperiode 2009/2010.

Bundesrichterin Danielle Yersin erklärte auf Ende Juni 2008 ihren Rücktritt. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte am 19.3.2008 Yves Donzallaz, Vétroz/VS, Rechtsanwalt und Notar, zu ihrem Nachfolger. Er trat sein Amt am 1.7.2008 an.

Auf das Ende des Berichtsjahres erklärten Bundesgerichtspräsident Arthur Aeschlimann, Bundesrichterin Ursula Widmer Wehrli und Bundesrichter Adrian Hungerbühler ihren Rücktritt. Bundesrichter Alois Lustenberger schied per Ende Jahr altershalber aus dem Gericht aus.

Die Vereinigte Bundesversammlung wählte am 1.10.2008 Brigitte Pfiffner Rauber, Zürich, Vizepräsidentin des Sozialversicherungsge-

richts des Kantons Zürich, Martha Niquille, St. Gallen, Richterin am Kantonsgericht St. Gallen, Marcel Maillard, Altdorf, Gerichtsschreiber am Bundesgericht, und Nicolas von Werdt, Bern, Rechtsanwalt und nebenamtlicher Bundesrichter, zu neuen Mitgliedern des Bundesgerichts. Gleichzeitig wurden die bisherigen 34 Mitglieder für die Amtsperiode 2009 bis 2014 wiedergewählt.

Am 1.1.2008 standen dem Bundesgericht 31 nebenamtliche Richterinnen und Richter zur Verfügung. Michel Wuilleret trat jedoch am 7.1.2008 mit sofortiger Wirkung von seinem Amt zurück. Gemäss Art. 1 lit. b der Richterzahlverordnung musste die Zahl der nebenamtlichen Richterinnen und Richter sodann per 31.12.2008 auf 19 sinken. Rudolf Ackeret, Alfred Bühler, Philippe Gardaz, Martin Killias, Jean-Pierre Pagan, Christoph Rohner, Isabelle Romy, Daniel Staffelbach, Hermann Walser und Pierre Zappelli beendeten daher auf das Ende des Berichtsjahres ihre Tätigkeit am Bundesgericht. Die übrigen 19 nebenamtlichen Richterinnen und Richter wurden von der Vereinigten Bundesversammlung am 3.12.2008 für die Amtsperiode 2009 bis 2014 wiedergewählt.

Das Gericht stellte Adrian Rapp, André Holzer, Hans Ettl, Johanna Dormann, Angelika Feldmann, Omblin de Poret und Denise Gut definitiv als *Gerichtsschreiberinnen* bzw. *Gerichtsschreiber* ein.

Gerichtsorganisation

Die Gerichtsorganisation blieb im Berichtsjahr unverändert. Für die neue *Zweijahresperiode 2009/2010* beschloss das Gesamtgericht am 30.6.2008, dem Standort Luzern zehn Mitglieder zuzuteilen, damit wieder zwei Fünfer-Abteilungen gebildet werden können. Dafür wird die Strafrechtliche Abteilung in Lausanne statt sechs nur noch fünf Mitglieder zählen. Gleichzeitig wurden die Beschwerden betreffend das Personal im öffentlichen Dienst von der Ersten öffentlich-rechtlichen Abteilung an eine sozialrechtliche Abteilung umgeteilt. Mit Beschluss vom 14.10.2008 wurde dieses Rechtsgebiet der Ersten sozialrechtlichen Abteilung zugewiesen und die Aufgabenteilung zwischen den beiden sozialrechtlichen Abteilungen angepasst. Am 24.11.2008 beschloss das Gesamtgericht, die bisherige Materienverteilung zwischen der Ersten öffentlich-rechtlichen Abteilung und der Strafrechtlichen Abteilung nicht zu ändern.

Die *materielle Fusion* zwischen dem Sitz in Lausanne und dem Standort Luzern wurde im Berichtsjahr erfolgreich fortgesetzt. Die beiden ehemals selbständigen Gerichte bilden heute ein Ganzes. Die Fusion ist gelebte Wirklichkeit und gibt zu keinen besonderen Problemen mehr Anlass, die über die räumliche Distanz hinausgehen.

Die Zusammenarbeit zwischen den *Leistungsorganen* wird gemäss Beschluss des Gesamtgerichts vom 30.6.2008 verstärkt. Ab 1.1.2009 wird der Bundesgerichtspräsident, der von Amtes wegen die Verwaltungskommission präsidiert, mit beratender Stimme nicht nur gelegentlich, sondern an allen Sitzungen und Beschlüssen der Präsidentenkonferenz teilnehmen.

Im *Generalsekretariat* wurde die Stelle eines zweiten Adjunkten des Generalsekretärs geschaffen und mit Lorenzo Egloff besetzt. Gleichzeitig wurden die administrativen Dienste in die Bereiche Kanzlei und Betrieb aufgeteilt.

Geschäftslast

Die Statistiken (S. 18 ff.) geben über die Geschäftslast im Einzelnen Auskunft. Sie weisen 7147 Eingänge aus (Vorjahr 7195). In Lausanne gingen sie um 112 auf 4983 zurück (Vorjahr 5095), während sie in Luzern um 64 auf 2164 angestiegen sind (Vorjahr 2100).

Bei einem Vergleich der Belastung nach OG und BGG ist zu berücksichtigen, dass gemäss BGG viele Fälle in einem einheitlichen Verfahren beurteilt werden, die früher mit zwei Rechtsmitteln ans Bundesgericht hätten gezogen werden müssen. Nach OG müssten der Statistik des Jahres 2008 893 (Vorjahr 773) Fälle hinzugerechnet werden, womit 8040 Eingänge zu verzeichnen wären.

Das Gericht erledigte 7515 Fälle (Vorjahr 7995). Dies erlaubte namentlich in den beiden sozialrechtlichen Abteilungen einen weiteren Abbau der Pendenzen um 383 Fälle. Die fünf Abteilungen in Lausanne erledigten 14 Fälle weniger als neu eingingen. Ein Aufsichtsfall war per Ende Jahr noch hängig. Das Gericht übertrug insgesamt 2285 pendente Fälle auf das Folgejahr (Vorjahr 2653).

Die Geschäftslast des Bundesgerichts ist damit auf hohem Niveau stabil geblieben. Sie kann von den Abteilungen zwar innert angemessener Frist, mitunter aber nicht in der erforderlichen Tiefe bewältigt werden. Die durchschnittliche Prozessdauer betrug 151 Tage (Vorjahr 155 Tage).

Das Gericht wurde von Parlament, Bundesrat und Bundesverwaltung in 25 (Vorjahr 35) Gesetzes- und Verordnungsprojekten zur Vernehmlassung eingeladen. Es erstattete in 9 Fällen eine Stellungnahme (Vorjahr 12).

Koordination der Rechtsprechung

Die Präsidentenkonferenz erliess am 31.3.2008 zur einheitlichen Gestaltung der Urteile die Weisung Nr. 5 über die Referenzen in den Urteilen des Bundesgerichts. In der Folge wurden die technischen Zitierregeln nachgeführt und am 29.9.2008 von der Präsidentenkonferenz genehmigt.

Die Koordination der Rechtsprechung unter den Abteilungen gemäss Art. 23 Abs. 2 BGG mündete in vier Entscheidungen der vereinigten Abteilungen mit bindender Wirkung für die urteilende Abteilung. Der Beschluss vom 31.3.2008 wurde an einer gemeinsamen Sitzung aller sieben Abteilungen gefällt. Demgemäss wird die Verhältnismässigkeit von auf kantonalem Recht beruhenden Entscheidungen ausserhalb des Schutzbereiches der Grundrechte wie unter der Herrschaft des OG nur unter dem Gesichtswinkel der Willkür geprüft.

Gerichtsverwaltung

Nebenamtliche Richter

Die nebenamtlichen Richterinnen und Richter erstatteten in 365 Fällen Bericht und Antrag (Vorjahr 414). Sie wendeten insgesamt 749 Arbeitstage auf (Vorjahr 1052). Die gesamten Kosten für die nebenamtlichen Richterinnen und Richter beliefen sich auf Fr. 996 000 (Vorjahr Fr. 1 460 000).

Controlling

Das Informatikprogramm für das von der GPK genehmigte Controlling-Konzept ist im Jahre 2008 fertiggestellt worden. Damit können der GPK für das Berichtsjahr 2008 erweiterte Controlling-Daten zur Verfügung gestellt werden.

Im langfristig angelegten Projekt zur Gewichtung der Fälle liegen erste Zwischenergebnisse vor. Diese müssen durch ergänzende Daten konsolidiert werden. Das Projekt wird im Folgejahr weiterverfolgt.

Personelles

Das Bundesgericht zählte im Berichtsjahr 38 Richterstellen. Der Personaletat betrug 279,4 Stellen, davon 127 Stellen für Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber.

Die Reallohnerhöhung für das Bundespersonal, der Primatwechsel in der Personalvorsorge und das neue Modell der Vertrauensarbeitszeit mit Verzicht auf Arbeitszeitkompensation gegen eine pauschale Vergütung erforderten Anpassungen in der Personalverordnung des Bundesgerichts (Beschlüsse des Gesamtgerichts vom 2.6.2008, 21.8.2008 und 23.12.2008).

Informatik

Die Firma KPMG AG, Zürich, gab am 14.3.2008 den Bericht betreffend das Audit über die Informatik des Bundesgerichts ab. Der Bericht stellte im Wesentlichen fest, dass der Informatikdienst des Bundesgerichts zweckmässig organisiert sei. Der Informatikbetrieb sei wirtschaftlich. Die OpenSource-Strategie sei zukunftsorientiert und die eingesetzten Applikationsmittel könnten Microsoft-Applikationen gleichgestellt werden. Die junge Organisation des Bundesverwaltungsgerichts und die noch zu etablierende Zusammenarbeit

stellten Führungs- und Organisationsherausforderungen. Die wichtigen Projektentscheidungen müssten konsensual getroffen werden.

Das Bundesgericht anerkannte die Ergebnisse des Audits und offerierte dem Bundesverwaltungsgericht am 17.3.2008 paritätische konsensuale Leitungsstrukturen für die Informatik sowie den Abschluss neuer Verträge. Am 9.7.2008 präzisierte das Bundesgericht, dass nach Beendigung der laufenden Arbeiten auch die Informatikstrategie gemeinsam überprüft werden könne.

Die Firma PriceWaterhouseCoopers gab der parlamentarischen Arbeitsgruppe «IT-Bundesgericht» am 17.3.2008 eine Studie über die Kosten der Informatik der eidgenössischen Gerichte ab. Die Studie bezifferte den jährlich wiederkehrenden Kostenvorteil eines gemeinsamen Informatikbetriebs für das Bundesgericht und das Bundesverwaltungsgericht gegenüber getrennten Lösungen auf 17% oder 1,8 Millionen Franken. Das Bundesgericht anerkannte auch diese Studie.

Die Finanzkommissionen und Geschäftsprüfungskommissionen teilten den eidgenössischen Gerichten am 16.5.2008 mit, dass es Aufgabe der Gerichte sei, ihre Informatik zu organisieren. Die Kommissionen erwarteten von den Gerichten, dass in der Informatik sinnvoll zusammengearbeitet werde. Das bedeute nicht, dass das Bundesgericht die Informatik der anderen Gerichte betreiben müsse. Damit wurde der Entscheid über die weitere Zusammenarbeit jedem der Gerichte separat überantwortet.

Das Gesamtgericht des Bundesverwaltungsgerichts beschloss am 30.10.2008, die Informatik inskünftig nicht mehr vom Bundesgericht zu beziehen. Das Bundesgericht akzeptierte den im Rahmen der Verwaltungsautonomie getroffenen Trennungsentscheid, bedauerte diesen jedoch. Wie für diesen Fall in Aussicht gestellt, kündigte es am 12.11.2008 die bestehenden Verträge zur Bereitstellung und zum Betrieb der IT-Infrastruktur auf Ende 2009. Gleichzeitig begann das Bundesgericht ein Projekt zur Redimensionierung seines Informatikdienstes.

Das Gesamtgericht passte mit Beschluss vom 23.9.2008 das Reglement über den elektronischen Rechtsverkehr der vom Bundesrat für die Bundesverwaltung erlassenen Verordnung an.

Informationswesen

Das Bundesgericht veröffentlichte im Berichtsjahr 265 Urteile in der Amtlichen Sammlung der Bundesgerichtsurteile (Vorjahr 303). Mit Ausnahme von 7 Fällen schaltete es alle verfahrensabschliessenden Entscheide im Internet auf, um die Transparenz der Rechtsprechung zu gewährleisten. Die Dispositive aller Urteile wurden in der Eingangshalle des Bundesgerichts in Lausanne öffentlich aufgelegt.

Beziehungen zu anderen Gerichten

Das Bundesgericht traf sich vom 17. bis 19.1.2008 in Wien zu Fachgesprächen mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, den Verfassungsgerichten von Deutschland und Österreich sowie dem Staatsgerichtshof von Liechtenstein. Es nahm am XIV. Kongress der Europäischen Verfassungsgerichte teil, der vom 2. bis 6.6.2008 in Vilnius (Litauen) stattfand. Vom 17. bis 20.9.2008 traf sich das Bundesgericht in Leipzig mit den obersten Verwaltungsgerichten der deutschsprachigen Länder und am 20./21.11.2008 in Karlsruhe mit dem Verfassungsgericht Deutschland zu weiteren Fachgesprächen. Der Bundesgerichtspräsident folgte im Februar einer Einladung des obersten Gerichts von Brasilien. Er vertrat das Bundesgericht beim Festakt zum 50. Jahrestag des Conseil constitutionnel français vom 2./3.11.2008 in Paris und als Gast erstmals auch beim Treffen der Höchstgerichte der EU in Wien vom 17./18.10.2008. Der Vorsitzende der Präsidentenkonferenz vertrat das Bundesgericht vom 8. bis 13.7.2008 in Libreville (Gabon) an der fünften Konferenz der ACCPUF, einer frankophonen Vereinigung der Verfassungsgerichte. Ausserdem wirkte das Bundesgericht im «Conseil consultatif de Juges européens» und in der «Commission européenne pour l'efficacité de la Justice» mit, zwei Organen des Europarates.

Finanzen

Das Bundesgericht realisierte im Berichtsjahr nach den Vorschriften der Eidgenössischen Finanzverwaltung das neue Interne Kontrollsystem IKS für die finanzrelevanten Geschäftsprozesse. Die Eidgenössische Finanzkontrolle führte beim Bundesgericht eine Dienststellenrevision durch. Im Bericht vom 7.11.2008 wurde dem Finanz- und Rechnungswesen des Bundesgerichts generell ein gutes Zeugnis ausgestellt. Zu den fünf Empfehlungen nahm das Bundesgericht am 15.12.2008 Stellung.

Die Rechnung des Bundesgerichts weist im Berichtsjahr Ausgaben in der Höhe von Fr. 76 133 000 und Einnahmen in der Höhe von Fr. 15 916 000 aus. Der Deckungsgrad betrug somit 20,9%. Die Gerichtsgebühren beliefen sich auf Fr. 10 980 000. Diesen Gebühren stehen effektive Verluste von Fr. 867 000 gegenüber. Gemessen an den fakturierten Gerichtsgebühren des Berichtsjahres betragen die Verluste somit 7,57%. Die Wiedereingänge abgeschriebener Forderungen betragen Fr. 39 000.

Die Leistungsverrechnung gegenüber dem BVGer betrug Fr. 3 356 000.

Aufsichtstätigkeit gegenüber den erstinstanzlichen Gerichten

Sitzungen

Am 11.4.2008 behandelte das Bundesgericht mit dem Bundesstrafgericht und dem Bundesverwaltungsgericht je getrennt die Rechnung 2007 und den Voranschlag 2009 sowie allgemeine aufsichtsrechtliche Fragen. In einem gemeinsamen Teil wurden die alle Gerichte betreffenden Fragen erörtert. Am 1.9.2008 besuchte das Bundesgericht im Rahmen einer weiteren Aufsichtssitzung das Bundesverwaltungsgericht an dessen Zweitstandort in Zollikofen. Mit dem Bundesstrafgericht traf es sich am 3.9.2008 in Luzern.

Berichterstattung

Die Berichterstattung gestützt auf das Konzept für die regelmässigen Aufsichtsgeschäfte hat sich eingespielt und erlaubt der Aufsichtsbehörde, sich quartalsweise ein gutes Bild über die Lage bei den erstinstanzlichen Gerichten zu verschaffen.

Aufsichtsanzeigen

Beim Bundesgericht gingen vier Aufsichtsanzeigen ein. Zwei betrafen das Bundesstrafgericht und zwei das Bundesverwaltungsgericht. Das Bundesgericht gab drei Aufsichtsanzeigen keine Folge. Eine Anzeige gegen das Bundesverwaltungsgericht war am Ende des Berichtsjahres noch hängig.

Zusammenarbeit mit den erstinstanzlichen Gerichten

Auf Stufe Dienste wurde auch im zweiten Jahr seit der Etablierung der neuen eidgenössischen Gerichtsorganisation gut und teilweise intensiv zusammengearbeitet.

Das Bundesstrafgericht nahm an den Sitzungen der Informatikkonferenz nicht mehr teil. Das Bundesverwaltungsgericht erklärte sich dagegen bereit, dieses Informatikkoordinationsorgan bis zur Trennung der Informatik weiterhin zu beschicken.

Die Generalsekretäre der drei Gerichte trafen sich am 21.1.2008 zum Informations- und Erfahrungsaustausch.

Eidgenössische Erlasskommission für die direkte Bundessteuer

Mit Beschluss vom 20.10.2008 sind Peter Agner als Präsident der Eidgenössischen Erlasskommission für die direkte Bundessteuer und Arthur Gross als deren Vizepräsident für die Amtsperiode 2009 bis 2014 wiedergewählt worden.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Im Berichtsjahr wurden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte von 325 Eingängen (Vorjahr 330) gegen die Schweiz 155 Beschwerden (Vorjahr 148) offiziell registriert. Davon betrafen 94 Fälle Verfahren des heutigen Bundesgerichts, 4 Fälle Verfahren des Bundesstrafgerichts und 7 Fälle Verfahren des Bundesverwaltungsgerichts. 50 Fälle richteten sich gegen andere Behörden.

Das Bundesgericht wurde vom Schweizerischen Prozessbevollmächtigten in 17 Fällen (Vorjahr 13) zur Vernehmlassung eingeladen.

Der Europäische Gerichtshof stellte in allen vier im Berichtsjahr materiell beurteilten Fällen, die vom Bundesgericht als letzte nationale Instanz entschieden worden sind, eine Verletzung der Konvention durch die Schweiz fest (Vorjahr 6 Verletzungen). Der Fall Hadri-Vionnet betraf den Transport und die Beerdigung eines totgeborenen Kindes ohne Konsultation der nächsten Angehörigen (Verletzung von Art. 8 EMRK), der Fall Meloni die Anordnung einer Untersuchungshaft (Verletzung von Art. 5 Ziff. 1 lit. c EMRK), der Fall Emre eine Ausweisung aus der Schweiz (Verletzung von Art. 8 EMRK) und der Fall Carlson eine internationale Kindesrückführung in die Vereinigten Staaten (Verletzung von Art. 8 EMRK). Vier weitere Fälle wurden als unzulässig erklärt oder abgeschrieben.

Hinweise an den Gesetzgeber

Verwaltungskommission

Die Finanzkommission des Nationalrates prüfte im Rahmen der Budgetberatungen eine Kommissionsmotion mit dem Ziel, die administrative Aufsicht des Bundesgerichts über die erstinstanzlichen Gerichte aufzuheben, stellte diese jedoch zurück, um weitere Abklärungen zu treffen. Die Gerichtskommission überwies den Kommissionen für Rechtsfragen einen Bericht mit dem Titel «Stärkung der Unabhängigkeit der Eidgenössischen Gerichte und Klärung des Verhältnisses Gerichte-Parlament». Nach Auffassung des Bundesgerichts ist die Aufsichtsfrage sowie die Stellung der Gerichte und das Verhältnis zwischen dem Parlament und den Gerichten ganzheitlich anzugehen, soweit die geltende Lösung keine befriedigende Praxis zulassen sollte.

Erste zivilrechtliche Abteilung

Artikel 23 des Gerichtsstandsgesetzes (ebenso wie neu Artikel 33 der eidgenössischen Zivilprozessordnung) schreibt für Klagen aus *Miete und Pacht unbeweglicher Sachen* die Zuständigkeit des Gerichts am Ort der gelegenen Sache vor. Im internationalen Verhältnis sieht zwar Art. 16 Ziff. 1 lit. a des Lugano-Übereinkommens – demselben Grundgedanken folgend – vor, dass die Gerichte des Vertragsstaates ausschliesslich zuständig sind, in dem die unbewegliche Sache gelegen ist. Das Lugano-Übereinkommen bestimmt jedoch hier nur die internationale Zuständigkeit, nicht den Gerichtsort. Liegt die unbewegliche Sache, auf die sich Klagen aus Miete und Pacht beziehen, in der Schweiz, beurteilt sich daher die örtliche Zuständigkeit nach IPRG. Nach Art. 112 Abs. 1 IPRG sind aber in erster Linie die Gerichte am Wohnort oder gewöhnlichen Aufenthalt des Beklagten örtlich zuständig. Diese Regelung hat in einem am 16. Mai 2008 beurteilten Fall dazu geführt, dass die Eigentümer von Stockwerkeinheiten, die mit gleichartigen Verträgen ihre Wohnungen zur hotelmässigen Weitervermietung derselben Bewirtschafterin überlassen hatten, an unterschiedlichen Gerichtsständen klagen mussten, je nachdem ob sie in der Schweiz oder im Ausland Wohnsitz hatten

(BGE 134 III 475). Mit dem überwiegenden Teil der Lehre wird diese Folge als unbefriedigend angesehen. Es steht jedoch fest, dass Art. 23 GestG nur für Binnenverhältnisse gilt.

Strafrechtliche Abteilung

Verschiedene *Spezialgesetze* (z.B. das Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht, das Heilmittelgesetz und das Spielbankengesetz) sehen für die darin geregelten Übertretungen altrechtlich eine *Verfolgungsverjährungsfrist* von fünf Jahren vor (Art. 11 Abs. 2 VStrR, Art. 87 Abs. 5 HMG, Art. 57 Abs. 2 SBG). Für solche Übertretungen beträgt bis zur Anpassung der spezialgesetzlichen Bestimmungen an das neue Recht die Verfolgungsverjährungsfrist neurechtlich zehn Jahre, was sich aus Art. 333 Abs. 6 lit. b StGB ergibt. Dies ist nicht sinnvoll, soweit für die Vergehen nach denselben Gesetzen mangels einer abweichenden Spezialregelung die Verjährungsfrist gemäss den allgemeinen Bestimmungen neurechtlich lediglich sieben Jahre beträgt. Das Bundesgericht hat daher entschieden, dass in solchen Fällen die Übertretungen neurechtlich nicht erst in zehn Jahren, sondern, wie die Vergehen nach denselben Gesetzen, in sieben Jahren verjähren (BGE 134 IV 328; Urteil 6B_374/2008 vom 27. November 2008).

Das *Bundesgesetz über die verdeckte Ermittlung* (BVE) enthält – wie übrigens auch die künftige schweizerische Strafprozessordnung – keine Definition der verdeckten Ermittlung. Der Gesetzgeber hat darauf in der Überlegung verzichtet, dass sich aus den gesetzlichen Bestimmungen hinreichend klar ergebe, was damit gemeint ist. Dies trifft indessen nicht zu. Denkbare Abgrenzungskriterien wie etwa die Dauer und die Gefährlichkeit des Einsatzes oder die Täuschungs- und Eingriffsintensität sind zu vage und daher zur Bestimmung des Anwendungsbereichs des Gesetzes ungeeignet. Das Bundesgericht hat deshalb entschieden, dass mangels einer klaren, abweichenden Regelung im BVE jedes Anknüpfen von Kontakten mit einer verdächtigen Person zu Ermittlungszwecken durch einen nicht als

solchen erkennbaren Polizeiangehörigen eine verdeckte Ermittlung im Sinne des BVE ist und unter den Anwendungsbereich dieses Gesetzes fällt. Sollte der Gesetzgeber den Anwendungsbereich des BVE – beziehungsweise der Bestimmungen der künftigen schweizerischen Strafprozessordnung betreffend die verdeckte Ermittlung (Art. 286 ff. StPO) – auf verdeckte Ermittlungstätigkeiten beschränken wollen, die aus diesem oder jenem Grunde eine gewisse Intensität aufweisen, hätte er dies durch entsprechende Bestimmungen zum Ausdruck zu bringen, aus welchen sich ein diesbezüglich eingeschränkter Anwendungsbereich klar ergibt. In diesem Fall wäre allerdings im Gesetz – zurzeit in den kantonalen Strafprozessordnungen, künftig in der schweizerischen Strafprozessordnung – auch zu regeln, unter welchen Voraussetzungen und Umständen verdeckte Ermittlungstätigkeiten, welche das umschriebene Mass an Intensität nicht erreichen, zulässig sind; denn wegen der jeder verdeckten Ermittlungstätigkeit durch Anknüpfen von Kontakten inwohnenden Täuschung reichen insoweit die allgemeinen Bestimmungen über die polizeiliche Ermittlungstätigkeit als gesetzliche Grundlage nicht aus (BGE 134 IV 266).

Erste sozialrechtliche Abteilung

In Art. 22 UVG («Revision der Rente») findet das mit der 10. AHV-Revision stufenweise auf das vollendete 64. Altersjahr erhöhte AHV-Rentenalter der Frauen keine Berücksichtigung. Eine Begründung, weshalb eine *UVG-Rentenrevision bei Frauen* bereits vor Erreichen des AHV-Rentenalters nicht mehr möglich sein soll, findet sich indessen nicht. Es handelt sich dabei um ein offensichtliches Versehen des Gesetzgebers, weshalb ein richterliches Eingreifen möglich und geboten war (BGE 134 V 131). Der Bundesrat hat diesen Mangel erkannt und in seiner Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (Unfallversicherung und Unfallverhütung; Organisation und Nebentätigkeiten der SUVA) vom 30. Mai 2008 (BBI 2008 5395 ff.) eine Neuformulierung des Art. 22 vorgeschlagen.

Zu beurteilen war überdies die Frage, ob *Taggeldleistungen*, welche an Versicherte ausgerichtet wurden, die während ihres Erwerbslebens einen zur Arbeitsunfähigkeit führenden Unfall erlitten hatten, nach Erreichen des ordentlichen AHV-Rentenalters trotz nicht mehr vorhandenem Verdienstaufschlag weiterhin zu erbringen sind. Das Gericht hat dies bejaht mit dem Hinweis auf die grundsätzlich abstrakte Berechnung des Taggeldes und den Umstand, dass ein allfälliger oder mutmasslicher Wegfall der Erwerbseinbusse von Gesetzes wegen kein Dahinfallen des einmal entstandenen Taggeldanspruchs bewirkt (BGE 134 V 392). Auch dieser Problemkreis wurde von Seiten des Bundesrates bereits geortet und im Sinne der bundesgerichtlichen Beurteilung in die Botschaft (zur Änderung des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung vom 30. Mai 2008) aufgenommen (vgl. namentlich BBI 2008 5413). Inskünftig soll der Bundesrat ferner in Form einer Sonderregelung bestimmen können, in welchen Fällen der Taggeldanspruch auch ohne konkrete Verdiensteinbusse entsteht (BBI 2008 5426 und 5467).

Trotz hoher gerichtlicher Fallzahlen sowie steter Diskussion in Lehre und Rechtsprechung (vgl. Präzisierung durch BGE 134 V 109) hat die Thematik der Unfälle mit Schleudertrauma, äquivalenter Verletzung oder Schädel-Hirntrauma ohne organisch objektiv ausgewiesene Beschwerden (sog. Schleudertrauma-Praxis) bis heute keinen Niederschlag in Gesetz und/oder Verordnung gefunden. Im Sinne erhöhter Rechtssicherheit erschiene es angezeigt, dass der Gesetzgeber sich dieses Themas annähme und allenfalls, wie bereits bezüglich der unfallähnlichen Körperschädigungen geschehen (vgl. Art. 6 Abs. 2 UVG in Verbindung mit Art. 9 UVV), eine Spezialregelung (beispielsweise in Form einer den Bundesrat ermächtigenden Delegationsnorm) schaffen würde. Diese könnte möglicherweise darin bestehen, eine zeitliche Befristung von Leistungen (Taggeld) oder eine vermehrte Leistungsausrichtung in Form von Abfindungen gemäss Art. 23 UVG vorzusehen. Als gangbare Lösung wäre in Zusammenhang mit Art. 36 UVG («Zusammentreffen verschiede-

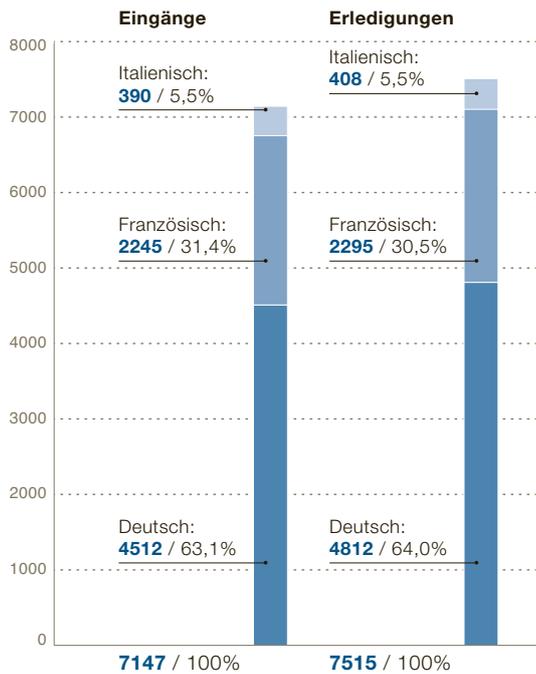
ner Schadensursachen») sodann auch die (Wieder-)Einführung eines Kürzungskorrektivs nach dem Vorbild des bis Ende 1983 gültig gewesenen Art. 91 KUVG vorstellbar, wonach Geldleistungen entsprechend gekürzt wurden, wenn die Krankheit, die Invalidität oder der Tod nur teilweise die Folge eines versicherten Unfalles waren. Mit dem In-Kraft-Treten des UVG auf den 1. Januar 1984 wurde diese Möglichkeit des differenzierten Schadensausgleichs durch den neuen Art. 36 UVG stark eingeschränkt (vgl. u.a. BGE 123 V 98 E. 3d S. 104) und ebnete solcherart den Weg zum aktuell herrschenden adäquanzrechtlichen «Alles oder Nichts»-Dilemma.

Art und Zahl der Geschäfte

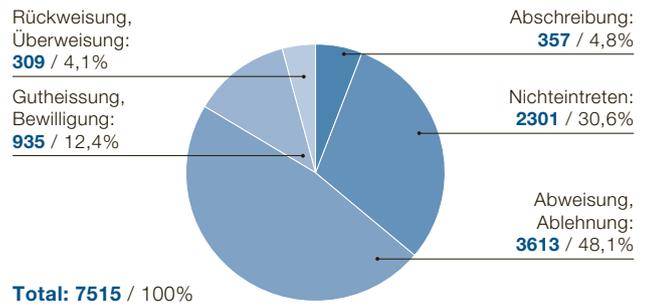
		Geschäfte						Verfahrensausgang					
		Eingang 2007	Erledigung 2007 ¹	Übertrag von 2007	Eingang 2008	Erledigung 2008	Übertrag auf 2009	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung Ablehnung	Gutheissung Bewilligung	Rückweisung	Überweisung
Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten													
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Staatsrechtliche Beschwerden und andere Rechtsmittel	361	991	24	-	24	-	5	4	10	5	-	-
	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	556	2653	226	5	227	4	8	7	122	49	41	-
	Revisionsgesuche usw.	2	15	1	-	1	-	1	-	-	-	-	-
	Total	919	3659	251	5	252	4	14	11	132	54	41	-
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	2988	1421	1565	3640	3746	1459	155	816	2075	440	258	2
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	401	322	79	500	497	82	27	374	71	25	-	-
	Klagen	2	1	1	2	1	2	-	1	-	-	-	-
	Revisionsgesuche usw.	70	53	17	71	76	12	3	37	33	3	-	-
Total	3461	1797	1662	4213	4320	1555	185	1228	2179	468	258	2	
Total		4380	5456	1913	4218	4572	1559	199	1239	2311	522	299	2
Zivilsachen und SchKG-Beschwerden													
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Berufungen und andere Rechtsmittel	152	391	28	-	27	1	5	4	12	6	-	-
	SchKG-Beschwerden und andere Rechtsmittel	19	50	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Revisionsgesuche usw.	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Total	171	444	28	-	27	1	5	4	12	6	-	-	
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Zivilsachen	1300	909	391	1474	1467	398	103	522	649	193	-	-
	Revisionsgesuche usw.	25	18	7	32	36	3	3	10	20	3	-	-
Total	1325	927	398	1506	1503	401	106	532	669	196	-	-	
Total		1496	1371	426	1506	1530	402	111	536	681	202	-	-
Strafrechtspflege													
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Nichtigkeitsbeschwerden und andere Rechtsmittel	146	302	7	1	7	1	-	-	5	2	-	-
	Revisionsgesuche usw.	-	1	1	-	1	-	1	-	-	-	-	-
Total	146	303	8	1	8	1	1	-	5	2	-	-	
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Strafsachen	1140	838	302	1397	1381	318	46	516	603	208	5	3
	Revisionsgesuche usw.	24	20	4	20	20	4	-	10	10	-	-	-
Total	1164	858	306	1417	1401	322	46	526	613	208	5	3	
Total		1310	1161	314	1418	1409	323	47	526	618	210	5	3
Weitere Geschäfte													
	Freiwillige Gerichtsbarkeit	-	-	-	1	1	-	-	-	-	1	-	-
	Aufsichtsbeschwerden	6	6	-	4	3	1	-	-	3	-	-	-
	Beschwerden an die Rekurskommission	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Total		7	7	-	5	4	1	-	-	3	1	-	-
Gesamttotal		7193	7995	2653	7147	7515	2285	357	2301	3613	935	304	5

¹ Geringfügige Unterschiede gegenüber den Zahlenangaben im vorjährigen Geschäftsbericht sind durch spätere Änderungen bedingt (Prozessvereinigungen / Trennungen usw.)

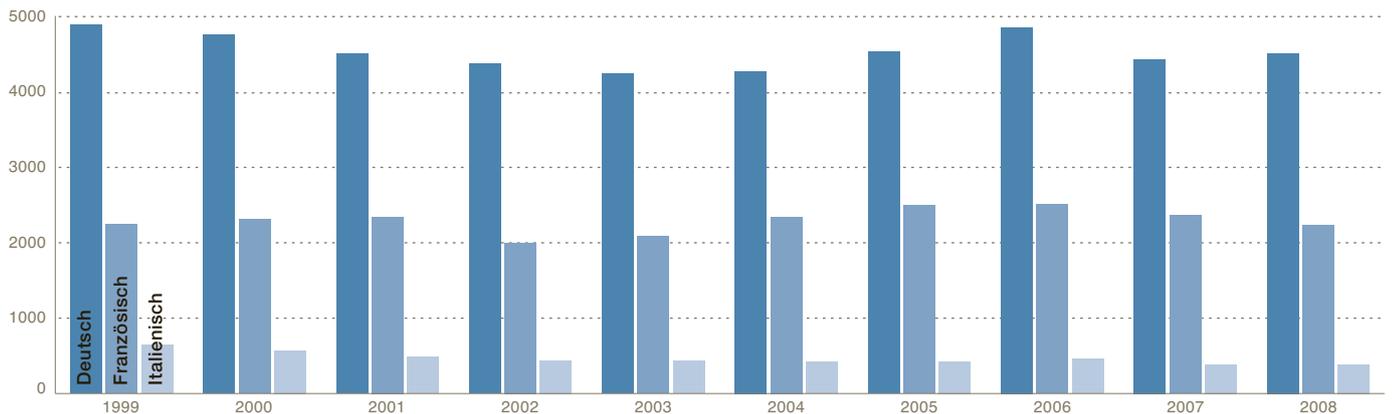
Streitsachen nach Sprachen 2008



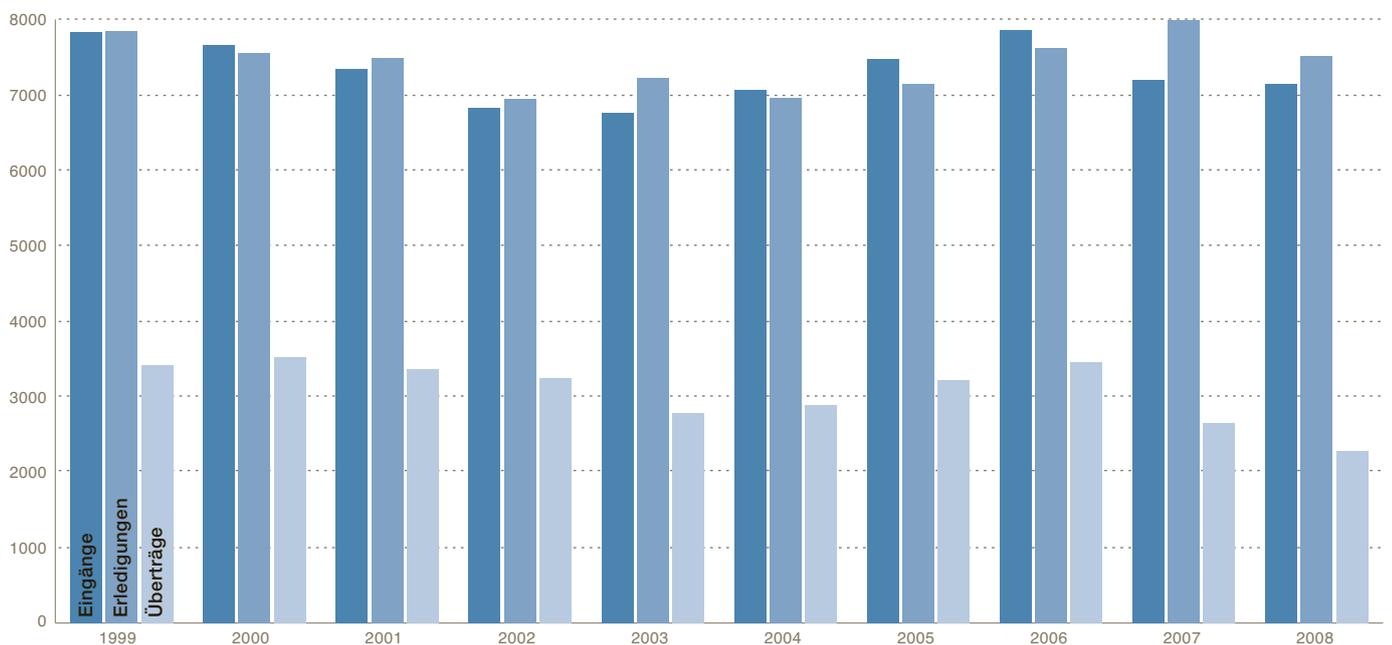
Art der Erledigung 2008



Eingegangene Streitsachen nach Sprachen



Eingänge, Erledigungen, Überträge



Dauer der Geschäfte

		bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2008
Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten								
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Staatsrechtliche Beschwerden und andere Rechtsmittel	-	1	2	4	11	6	24
	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	-	1	7	53	161	5	227
	Revisionsgesuche usw.	-	-	-	-	1	-	1
	Total	-	2	9	57	173	11	252
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in öffentlich- rechtlichen Angelegenheiten	530	1190	922	927	177	-	3746
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	192	262	29	12	2	-	497
	Klagen	-	-	1	-	-	-	1
	Revisionsgesuche usw.	35	31	5	5	-	-	76
Total	757	1483	957	944	179	-	4320	
Total	757	1485	966	1001	352	11	4572	
Zivilsachen und SchKG-Beschwerden								
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Berufungen und andere Rechtsmittel	-	1	-	8	16	2	27
	Total	-	1	-	8	16	2	27
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Zivilsachen	255	807	290	103	12	-	1467
	Revisionsgesuche usw.	12	18	3	3	-	-	36
Total	Total	267	825	293	106	12	-	1503
Total	Total	267	826	293	114	28	2	1530
Strafrechtspflege								
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Nichtigkeitsbeschwerden und andere Rechtsmittel	-	-	-	3	4	-	7
	Revisionsgesuche usw.	-	-	-	-	1	-	1
Total	Total	-	-	-	3	5	-	8
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Strafsachen	432	583	283	78	5	-	1381
	Revisionsgesuche usw.	11	9	-	-	-	-	20
Total	Total	443	592	283	78	5	-	1401
Total	Total	443	592	283	81	10	-	1409
Weitere Geschäfte								
	Freiwillige Gerichtsbarkeit	-	1	-	-	-	-	1
	Aufsichtsbeschwerden	-	2	1	-	-	-	3
Total	Total	-	3	1	-	-	-	4
Gesamttotal		1467	2906	1543	1196	390	13	7515

Dauer der Geschäfte

mehr als 2 Jahre: **13** / 0,2%

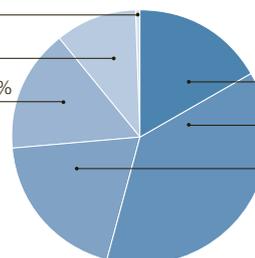
1 bis 2 Jahre: **390** / 5,2%

7 bis 12 Monate: **1196** / 15,9%

bis 1 Monat: **1467** / 19,5%

1 bis 3 Monate: **2906** / 38,7%

4 bis 6 Monate: **1543** / 20,5%



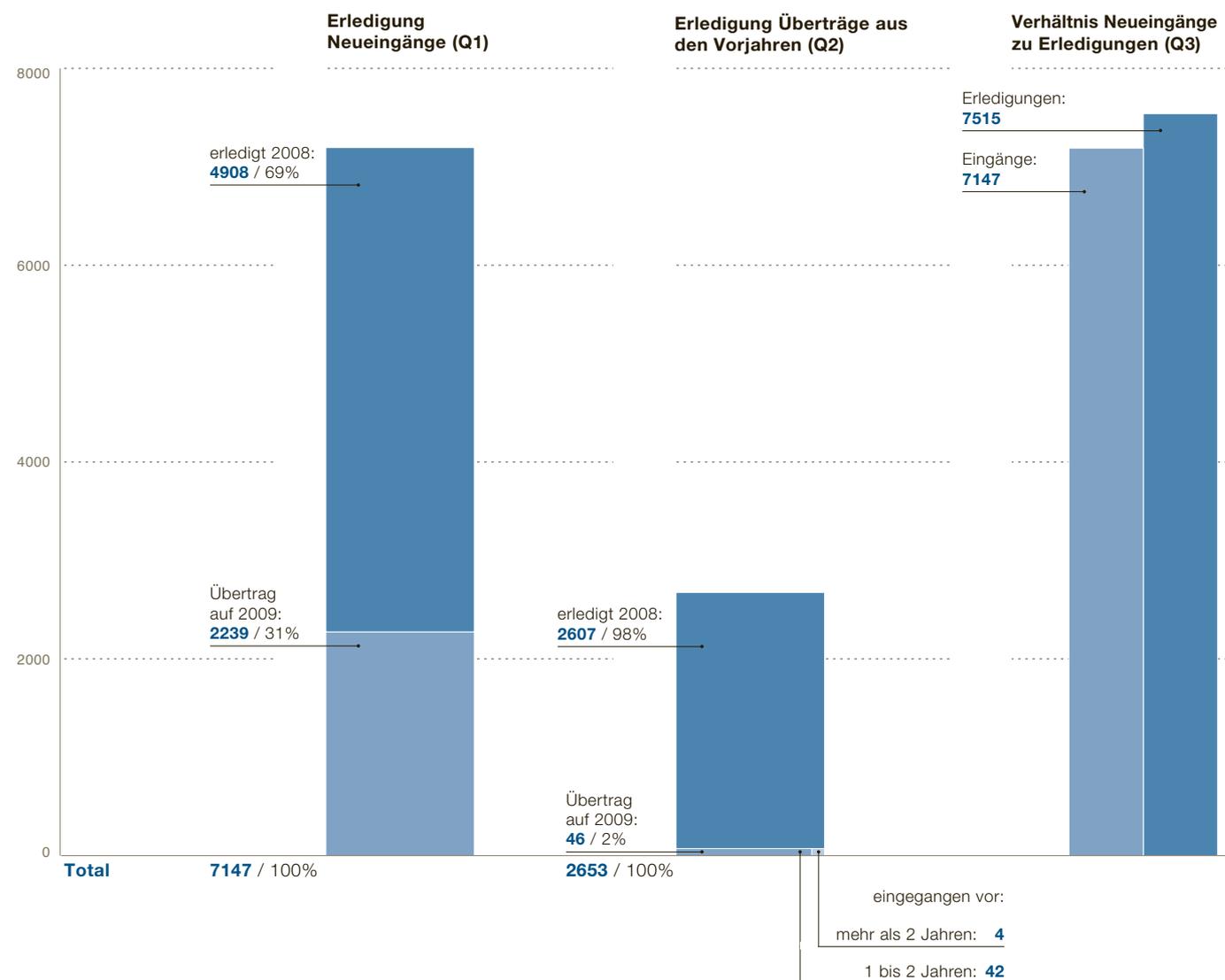
Total: 7515 / 100%

Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

		Erledigungen			Übertragene Fälle			
		Mittlere Dauer (Tage)		Maximale Dauer (Tage)	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)		
		bis zur Urteilsfällung	für die Ausfertigung	für den Prozess	bis zur Urteilsfällung	für die Ausfertigung		
Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten								
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Staatsrechtliche Beschwerden und andere Rechtsmittel	455	58	507	1454	261	–	–
	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	400	36	433	843	424	913	1330
	Revisionsgesuche usw.	596	10	606	596	10	–	–
	Durchschnitt	406	38	442			913	
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	153	16	168	570	350	122	652
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	54	17	66	388	119	56	623
	Klagen	128	7	135	128	7	316	505
	Revisionsgesuche usw.	63	11	75	365	35	96	268
	Durchschnitt	139	16	154			119	
	Durchschnitt	158	18	174			121	
Zivilsachen und SchKG-Beschwerden								
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Berufungen und andere Rechtsmittel	451	51	497	1442	232	756	756
	Durchschnitt	451	51	497			756	
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Zivilsachen	94	33	121	491	181	94	478
	Revisionsgesuche usw.	65	22	82	273	78	31	58
	Durchschnitt	93	33	120			94	
	Durchschnitt	101	34	129			95	
Strafrechtspflege								
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Nichtigkeitsbeschwerden und andere Rechtsmittel	428	15	442	644	26	316	316
	Revisionsgesuche usw.	596	10	606	596	10	–	–
	Durchschnitt	449	14	463			316	
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Strafsachen	84	12	95	469	173	79	399
	Revisionsgesuche usw.	37	6	44	90	12	51	71
	Durchschnitt	83	11	94			79	
	Durchschnitt	85	11	96			79	
Weitere Geschäfte								
	Freiwillige Gerichtsbarkeit	32	9	41	32	9	–	–
	Aufsichtsbeschwerden	105	4	109	159	8	55	55
	Durchschnitt	86	4	92			55	
Gesamtdurchschnitt		133	20	151			110	

Erledigungsquotienten

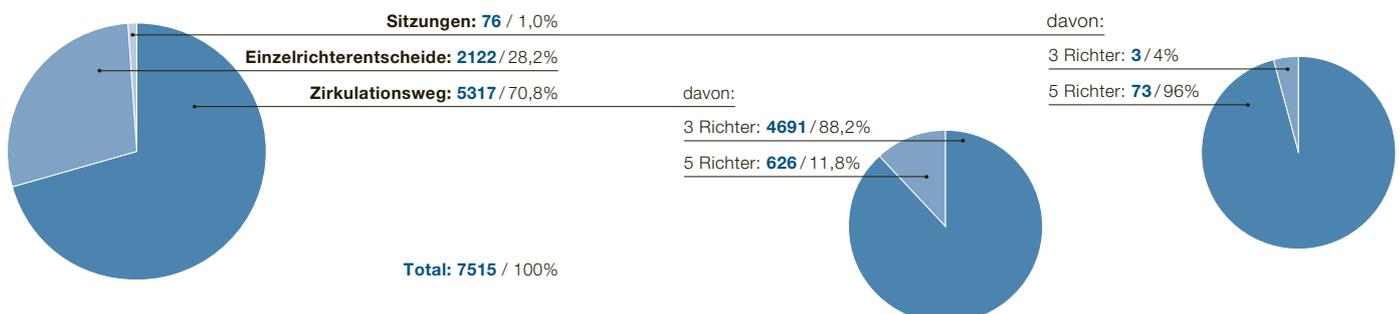
	Erledigung Neueingänge (Q1)			Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2)			Verhältnis Neueingänge zu Erledigungen (Q3)	
	Eingegangene Verfahren 2008	davon Erledigung 2008	davon Übertrag auf 2009	Übertrag von 2007	davon Erledigung 2008	davon Übertrag auf 2009	Eingegangene Verfahren 2008	Erledigung 2008
I. öffentlich-rechtliche Abteilung	983	695 (71%)	288 (29%)	300	290 (97%)	10 (3%)	983	985 (100%)
II. öffentlich-rechtliche Abteilung	1075	731 (68%)	344 (32%)	318	314 (99%)	4 (1%)	1075	1045 (97%)
I. zivilrechtliche Abteilung	763	562 (74%)	201 (26%)	197	189 (96%)	8 (4%)	763	751 (98%)
II. zivilrechtliche Abteilung	1083	851 (79%)	232 (21%)	278	270 (97%)	8 (3%)	1083	1121 (104%)
Strafrechtliche Abteilung	1074	792 (74%)	282 (26%)	270	270 (100%)	–	1074	1062 (99%)
I. sozialrechtliche Abteilung	1080	625 (58%)	455 (42%)	701	697 (99%)	4 (1%)	1080	1322 (122%)
II. sozialrechtliche Abteilung	1084	648 (60%)	436 (40%)	589	577 (98%)	12 (2%)	1084	1225 (113%)
Weitere	5	4 (80%)	1 (20%)	–	–	–	5	4 (80%)
Total	7147	4908 (69%)	2239 (31%)	2653	2607 (98%)	46 (2%)	7147	7515



Art der Erledigung (Spruchkörper / Entscheidungsfindung)

	Zirkulationsweg				Sitzungen			
	Einzelrichter	3 Richter	5 Richter	Total	3 Richter	5 Richter	Total	
Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten								
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Staatsrechtliche Beschwerden und andere Rechtsmittel	1	18	4	22	-	1	1
	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	3	172	50	222	-	2	2
	Revisionsgesuche usw.	1	-	-	-	-	-	-
	Total	5	190	54	244	-	3	3
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	761	2672	293	2965	-	20	20
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	374	111	11	122	-	1	1
	Klagen	-	1	-	1	-	-	-
	Revisionsgesuche usw.	8	66	2	68	-	-	-
	Total	1143	2850	306	3156	-	21	21
	Total	1148	3040	360	3400	-	24	24
Zivilsachen und SchKG-Beschwerden								
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Berufungen und andere Rechtsmittel	1	15	11	26	-	-	-
	Total	1	15	11	26	-	-	-
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Zivilsachen	462	778	186	964	2	39	41
	Revisionsgesuche usw.	9	23	4	27	-	-	-
	Total	471	801	190	991	2	39	41
	Total	472	816	201	1017	2	39	41
Strafrechtspflege								
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Nichtigkeitsbeschwerden und andere Rechtsmittel	-	6	-	6	-	1	1
	Revisionsgesuche usw.	1	-	-	-	-	-	-
	Total	1	6	-	6	-	1	1
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Strafsachen	499	807	65	872	1	9	10
	Revisionsgesuche usw.	1	19	-	19	-	-	-
	Total	500	826	65	891	1	9	10
	Total	501	832	65	897	1	10	11
Weitere Geschäfte								
	Freiwillige Gerichtsbarkeit	1	-	-	-	-	-	-
	Aufsichtsbeschwerden	-	3	-	3	-	-	-
	Total	1	3	-	3	-	-	-
Gesamttotal		2122	4691	626	5317	3	73	76

Art der Erledigung



Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

		Übertrag von 2007	Eingang 2008	Erliedigung 2008	Übertrag auf 2009
I. öffentlich-rechtliche Abteilung					
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Staatsrechtliche Beschwerden und andere Rechtsmittel	7	–	7	–
	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	30	5	34	1
	Total	37	5	41	1
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	205	595	551	249
	Beschwerden in Strafsachen	47	346	351	42
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	7	9	14	2
	Revisionsgesuche usw.	4	28	28	4
	Total	263	978	944	297
	Total	300	983	985	298

II. öffentlich-rechtliche Abteilung					
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Staatsrechtliche Beschwerden und andere Rechtsmittel	8	–	8	–
	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	25	–	24	1
	Total	33	–	32	1
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	251	907	851	307
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	31	152	149	34
	Klagen	1	2	1	2
	Revisionsgesuche usw.	2	14	12	4
	Total	285	1075	1013	347
	Total	318	1075	1045	348

I. zivilrechtliche Abteilung					
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Berufungen und andere Rechtsmittel	18	–	17	1
	Total	18	–	17	1
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Zivilsachen	158	605	572	191
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	19	142	146	15
	Klagen	–	1	–	1
	Revisionsgesuche usw.	2	15	16	1
	Total	179	763	734	208
	Total	197	763	751	209

II. zivilrechtliche Abteilung					
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Berufungen und andere Rechtsmittel	18	–	18	–
	Total	18	–	18	–
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Zivilsachen	233	869	895	207
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	22	197	188	31
	Revisionsgesuche usw.	5	17	20	2
	Total	260	1083	1103	240
	Total	278	1083	1121	240

Strafrechtliche Abteilung					
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Nichtigkeitsbeschwerden und andere Rechtsmittel	9	1	9	1
	Revisionsgesuche usw.	2	–	2	–
	Total	11	1	11	1
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Strafsachen	255	1053	1031	277
	Revisionsgesuche usw.	4	20	20	4
	Total	259	1073	1051	281
	Total	270	1074	1062	282

		Übertrag von 2007	Eingang 2008	Erledigung 2008	Übertrag auf 2009
I. sozialrechtliche Abteilung					
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	91	–	91	–
Total		91	–	91	–
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	603	1060	1207	456
	Revisionsgesuche usw.	7	20	24	3
Total		610	1080	1231	459
Total		701	1080	1322	459

II. sozialrechtliche Abteilung

Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	79	–	77	2
Total		79	–	77	2
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	506	1075	1136	445
	Revisionsgesuche usw.	4	9	12	1
Total		510	1084	1148	446
Total		589	1084	1225	448

Weitere

	Freiwillige Gerichtsbarkeit	–	1	1	–
	Aufsichtsbeschwerden an die Verwaltungskommission	–	4	3	1
Total		–	5	4	1

Gesamttotal	2653	7147	7515	2285
--------------------	-------------	-------------	-------------	-------------

Eingang 2008

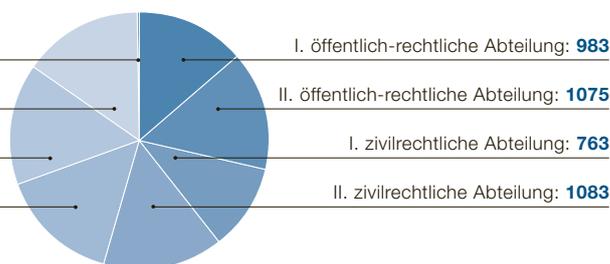
Weitere: **5**

II. sozialrechtliche Abteilung: **1084**

I. sozialrechtliche Abteilung: **1080**

Strafrechtliche Abteilung: **1074**

Total: 7147



Erledigung 2008

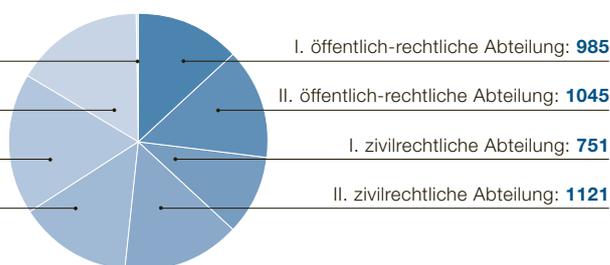
Weitere: **4**

II. sozialrechtliche Abteilung: **1225**

I. sozialrechtliche Abteilung: **1322**

Strafrechtliche Abteilung: **1062**

Total: 7515



Übertrag auf 2009

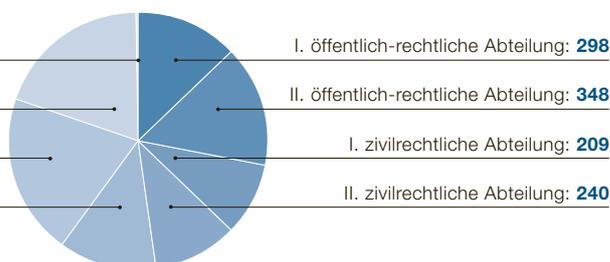
Weitere: **1**

II. sozialrechtliche Abteilung: **448**

I. sozialrechtliche Abteilung: **459**

Strafrechtliche Abteilung: **282**

Total: 2285



Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (5-Jahres-Vergleich)

		Eingang					Erledigung				
		2004	2005	2006	2007	2008	2004	2005	2006	2007	2008
I. öffentlich-rechtliche Abteilung											
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Staatsrechtliche Beschwerden und andere Rechtsmittel	761	921	876	125	–	747	902	870	336	7
	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	314	358	292	90	5	306	320	304	204	34
	Revisionsgesuche usw.	24	13	13	–	–	23	13	14	–	–
Total		1099	1292	1181	215	5	1076	1235	1188	540	41
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	–	–	–	463	595	–	–	–	258	551
	Beschwerden in Strafsachen	–	–	–	307	346	–	–	–	260	351
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	–	–	–	20	9	–	–	–	13	14
	Revisionsgesuche usw.	–	–	–	22	28	–	–	–	18	28
Total		–	–	–	812	978	–	–	–	549	944
Total		1099	1292	1181	1027	983	1076	1235	1188	1089	985
II. öffentlich-rechtliche Abteilung											
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Staatsrechtliche Beschwerden und andere Rechtsmittel	339	354	340	64	–	293	379	345	182	8
	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	749	750	781	129	–	780	699	753	373	24
	Revisionsgesuche usw.	9	15	15	–	–	10	14	14	2	–
Total		1097	1119	1136	193	–	1083	1092	1112	557	32
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	–	–	–	769	907	–	–	–	518	851
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	–	–	–	147	152	–	–	–	116	149
	Klagen	–	–	–	2	2	–	–	–	1	1
	Revisionsgesuche usw.	–	–	–	20	14	–	–	–	18	12
Total		–	–	–	938	1075	–	–	–	653	1013
Total		1097	1119	1136	1131	1075	1083	1092	1112	1210	1045
I. zivilrechtliche Abteilung											
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Berufungen und andere Rechtsmittel	788	771	802	146	–	713	767	790	406	17
	Revisionsgesuche usw.	14	13	8	–	–	15	13	9	1	–
Total		802	784	810	146	–	728	780	799	407	17
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Zivilsachen	–	–	–	529	605	–	–	–	371	572
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	–	–	–	84	142	–	–	–	65	146
	Klagen	–	–	–	–	1	–	–	–	–	–
	Revisionsgesuche usw.	–	–	–	12	15	–	–	–	10	16
Total		–	–	–	625	763	–	–	–	446	734
Total		802	784	810	771	763	728	780	799	853	751
II. zivilrechtliche Abteilung											
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Berufungen und andere Rechtsmittel	772	805	877	118	–	760	742	865	328	18
	SchKG-Beschwerden und andere Rechtsmittel	251	240	220	19	–	267	227	213	50	–
	Revisionsgesuche usw.	15	20	23	1	–	14	21	20	4	–
Total		1038	1065	1120	138	–	1041	990	1098	382	18
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Zivilsachen	–	–	–	771	869	–	–	–	538	895
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	–	–	–	150	197	–	–	–	128	188
	Revisionsgesuche usw.	–	–	–	13	17	–	–	–	8	20
Total		–	–	–	934	1083	–	–	–	674	1103
Total		1038	1065	1120	1072	1083	1041	990	1098	1056	1121
Strafrechtliche Abteilung											
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Nichtigkeitsbeschwerden und andere Rechtsmittel	754	737	953	227	1	727	723	906	494	9
	Revisionsgesuche usw.	6	9	11	–	–	6	7	10	1	2
Total		760	746	964	227	1	733	730	916	495	11
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Strafsachen	–	–	–	834	1053	–	–	–	579	1031
	Revisionsgesuche usw.	–	–	–	24	20	–	–	–	20	20
Total		–	–	–	858	1073	–	–	–	599	1051
Total		760	746	964	1085	1074	733	730	916	1094	1062

		Eingang					Erledigung				
		2004	2005	2006	2007	2008	2004	2005	2006	2007	2008
Eidgenössisches Versicherungsgericht (bis 2006)											
Unter dem	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	2205	2450	2620	-	-	2203	2292	2484	-	-
OG beurteilte											
Streitigkeiten	Revisionsgesuche usw.	28	25	30	-	-	19	28	29	-	-
Total		2233	2475	2650	-	-	2222	2320	2513	-	-
I. sozialrechtliche Abteilung (ab 2007)											
Unter dem	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	-	-	-	163	-	-	-	-	1067	91
OG beurteilte											
Streitigkeiten	Revisionsgesuche usw.	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-
Total		-	-	-	163	-	-	-	-	1071	91
Unter dem	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	-	-	-	835	1060	-	-	-	232	1207
BGG beurteilte											
Streitigkeiten	Revisionsgesuche usw.	-	-	-	16	20	-	-	-	9	24
Total		-	-	-	851	1080	-	-	-	241	1231
Total		-	-	-	1014	1080	-	-	-	1312	1322
II. sozialrechtliche Abteilung (ab 2007)											
Unter dem	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	-	-	-	156	-	-	-	-	947	77
OG beurteilte											
Streitigkeiten	Revisionsgesuche usw.	-	-	-	-	-	-	-	-	7	-
Total		-	-	-	156	-	-	-	-	954	77
Unter dem	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	-	-	-	918	1075	-	-	-	412	1136
BGG beurteilte											
Streitigkeiten	Revisionsgesuche usw.	-	-	-	12	9	-	-	-	8	12
Total		-	-	-	930	1084	-	-	-	420	1148
Total		-	-	-	1086	1084	-	-	-	1374	1225
Weitere											
	Freiwillige Gerichtsbarkeit	1	-	-	-	1	1	-	-	-	1
	Aufsichtsbeschwerden an die Verwaltungskommission	-	-	-	6	4	-	-	-	6	3
	Beschwerden an die Rekurskommission	-	-	-	1	-	-	-	-	1	-
	Andere Fälle	33	-	-	-	-	76	-	-	-	-
Total		34	-	-	7	5	77	-	-	7	4
Gesamttotal		7063	7481	7861	7193	7147	6960	7147	7626	7995	7515

Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Staatsrechtliche Beschwerden usw.	Verwaltungs- gerichts- beschwerden usw.	Anderer Fälle OG	Beschwerden in öffentlich- rechtlichen Streitigkeiten	Subsidiäre Verfassungs- beschwerden	Anderer Fälle BGG	Revisionsgesuche usw.	Total
Staats- und Verwaltungsrecht								
010.00 Aus Art. 8 und 29 BV abgeleitete Rechte	-	-	-	2	-	-	1	3
010.90 Nicht zuzuordnende Willkürbeschwerden	-	-	-	1	-	-	-	1
011.00 Persönliche Freiheit, Schutz der Privatsphäre, Menschenwürde (ohne Haftbeschwerde)	-	-	-	2	-	-	-	2
012.00 Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit	-	-	-	-	-	-	-	-
013.00 Meinungsfreiheit (i.w.S.) und Religionsfreiheit	-	-	-	4	-	-	-	4
014.00 Bürgerrecht und Ausländerrecht	1	-	1	413	96	-	5	516
015.00 Staatshaftung	-	-	-	8	1	1	-	10
016.00 Politische Rechte	-	-	-	36	-	-	2	38
017.00 Beamtenrecht	1	1	-	47	3	-	1	53
018.00 Gemeindeautonomie	-	-	-	2	1	-	-	3
019.00 Andere Grundrechte	-	-	-	1	-	-	-	1
020.00 Eigentumsgarantie	-	1	-	2	-	-	-	3
021.00 Stiftungsaufsicht	-	1	-	-	-	-	-	1
022.00 Bäuerlicher Grundbesitz (ohne Erbteilung)	-	-	-	-	-	3	-	3
023.00 Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland	-	-	-	2	-	-	-	2
023.99 Öffentliche Register	-	-	-	-	-	4	-	4
030.00 Zivilprozess	2	-	-	-	45	6	-	53
031.00 Strafprozess	4	-	-	31	-	310	6	351
032.00 Verwaltungsverfahren	-	-	-	15	1	-	2	18
033.00 Zuständigkeit, Garantie des Wohnsitz- und verfassungsmässigen Richters	-	-	-	5	-	41	3	49
034.00 Zwangsvollstreckung	-	-	-	-	-	1	-	1
035.00 Schiedsgerichtsbarkeit	-	-	-	-	1	31	-	32
036.00 Auslieferung	-	-	-	14	-	-	2	16
037.00 Rechtshilfe	-	10	-	33	-	-	1	44
038.00 Kantonales Straf- und Verwaltungsstrafrecht	-	-	-	-	-	-	-	-
039.99 Schule, Wissenschaft und Forschung	2	-	-	29	17	-	2	50
043.99 Sprache, Kunst und Kultur	-	-	-	-	-	-	-	-
045.99 Natur-, Heimat- und Tierschutz	-	-	-	11	1	-	1	13
050.00 Landesverteidigung	-	-	-	2	-	-	-	2
060.00 Subventionen	-	-	-	4	-	-	-	4
061.00 Zölle	-	1	-	12	-	-	-	13
062.00 Direkte Steuern	-	10	-	167	10	-	1	188
063.00 Stempelabgaben	-	-	-	-	-	-	-	-
064.00 Indirekte Steuern	-	3	-	51	-	-	1	55
065.00 Verrechnungssteuer	-	-	-	7	-	-	-	7
066.00 Militärpflichtersatz	-	-	-	3	-	-	-	3
067.00 Doppelbesteuerung	3	-	-	7	-	-	-	10
068.00 Andere Abgaben	-	-	-	30	2	-	-	32
069.00 Abgabebefreiung und Abgabbeerlass	-	-	-	2	20	-	-	22
070.00 Raumplanung	4	1	-	65	-	-	-	70
071.00 Landumlegungen	-	1	-	7	-	-	-	8
072.00 Kantonales Baurecht	1	-	-	140	-	-	3	144
073.00 Enteignung	-	20	-	9	-	-	-	29
074.00 Energie	-	-	-	1	-	-	-	1
075.00 Strassenwesen (inkl. Strassenverkehr)	1	-	-	78	-	-	6	85
076.00 Öffentliche Werke des Bundes (Planung, Bau und Betrieb)	-	-	-	5	-	-	-	5
077.00 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	-	1	-	-	-	-	-	1
078.00 Post, Fernmeldewesen	-	3	-	4	-	-	-	7
079.00 Radio- und Fernsehen	-	-	-	11	-	-	-	11
079.90 Gesundheit	-	-	-	2	-	-	1	3

	Staatsrechtliche Beschwerden usw.	Verwaltungs- gerichts- beschwerden usw.	Andere Fälle OG	Beschwerden in öffentlich- rechtlichen Streitigkeiten	Subsidiäre Verfassungs- beschwerden	Andere Fälle BGG	Revisionsgesuche usw.	Total
080.00 Medizinalberufe	-	-	-	10	-	-	-	10
081.00 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	-	1	-	33	-	-	2	36
082.00 Krankheitsbekämpfung	-	-	-	6	-	-	-	6
083.00 Lebensmittelpolizei	-	-	-	1	-	-	-	1
084.00 Arbeitsgesetzgebung (Arbeitszeit, Nacht- und Sonntagsarbeit)	-	-	-	5	-	-	-	5
085.00 Sozialversicherung								
085.01 Sozialversicherung, allgemeiner Teil	-	-	-	3	-	-	-	3
085.10 Alters- und Hinterlassenenversicherung	-	15	-	118	-	-	-	133
085.30 Invalidenversicherung	-	59	-	1050	-	-	14	1123
085.40 Ergänzungsleistung zur AHV/IV	-	3	-	68	-	-	1	72
085.50 Berufliche Vorsorge	-	12	-	136	-	-	2	150
085.70 Krankenversicherung	-	11	-	116	-	-	2	129
085.80 Unfallversicherung	-	59	-	563	-	-	9	631
085.90 Militärversicherung	-	1	-	6	-	-	-	7
085.95 Erwerbsersatzordnung und Mutterschaftsversicherung	-	1	-	1	-	-	-	2
086.00 Familienzulagen und kantonale Sozialversicherung	-	-	-	6	-	-	-	6
086.20 Arbeitslosenversicherung	-	7	-	201	-	-	3	211
Total	-	168	-	2268	-	-	31	2467
087.00 Wohnbau- und Eigentumsförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
088.00 Fürsorge	-	-	-	75	-	-	5	80
090.00 Wirtschaft (öffentliches Recht, wenn keine speziellere Nummer)	-	3	-	13	7	-	-	23
091.00 Freie Berufe	-	-	-	18	4	-	-	22
092.00 Preisüberwachung	-	-	-	-	-	-	-	-
093.00 Landwirtschaft	-	-	-	8	-	-	-	8
093.99 Forstwesen, Jagd und Fischerei	-	-	-	6	-	-	-	6
095.99 Handel, Kredit und Privatversicherung	-	2	-	31	-	-	-	33
099.00 Aussenhandel, Exportrisikogarantie	-	-	-	-	-	-	-	-
Total Staats- und Verwaltungsrecht	19	227	1	3739	209	397	76	4668

Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Staatsrechtliche Beschwerden usw.	Berufungen	SchKG- Beschwerden usw.	Beschwerden in Zivilsachen	Subsidiäre Verfassungs- beschwerden	Revisionsgesuche usw.	Total
Privatrecht							
100.01 Personenrecht							
101.00 Persönlichkeitsschutz	–	1	–	31	4	–	36
102.00 Namensrecht	–	–	–	3	–	–	3
103.00 Vereine	–	–	–	2	3	–	5
104.00 Stiftungen	–	–	–	2	–	–	2
105.00 Andere Fälle	–	–	–	1	–	–	1
Total	–	1	–	39	7	–	47
109.90 Familienrecht							
110.00 Eheschliessung (inkl. Ehenichtigkeit)	–	–	–	–	–	–	–
111.00 Ehescheidung und Ehetrennung	1	1	–	176	11	5	194
112.00 Wirkungen der Ehe und Güterrecht	1	–	–	41	3	2	47
113.00 Kindesverhältnis	–	–	1	63	4	1	69
114.00 Vormundschaft	–	2	–	55	–	1	58
115.00 Andere Fälle	–	–	–	71	–	1	72
Total	2	3	1	406	18	10	440
119.90 Erbrecht							
120.00 Erben und Verfügungen von Todes wegen	–	–	–	9	–	–	9
121.00 Erbgang: Eröffnung und Wirkungen	–	1	–	14	1	–	16
122.00 Teilung	1	1	–	14	–	–	16
123.00 Erbteilung von landwirtschaftlichen Gewerben und Grundstücken	–	–	–	–	–	–	–
Total	1	2	–	37	1	–	41
129.90 Sachenrecht							
130.00 Grundeigentum und Fahrniseigentum	–	–	–	34	8	–	42
131.00 Dienstbarkeiten	–	1	–	13	1	–	15
132.00 Grundpfand und Fahrnispfand	–	–	–	4	3	–	7
133.00 Besitz und Grundbuch	–	–	–	13	1	1	15
134.00 Andere Fälle	–	–	–	–	–	–	–
Total	–	1	–	64	13	1	79
139.90 Obligationenrecht							
140.00 Kauf, Tausch, Schenkung	–	–	–	31	8	2	41
141.00 Miete und Pacht	–	–	–	107	37	6	150
141.10 Leihe (Gebrauchsleihe und Darlehen)	–	1	–	27	4	2	34
142.00 Arbeitsvertrag	–	2	–	92	19	3	116
143.00 Werkvertrag	–	1	–	30	6	–	37
144.00 Auftrag	–	4	–	71	18	1	94
145.00 Gesellschaftsrecht	–	1	–	35	–	–	36
146.00 Wertpapierrecht	–	–	–	–	–	–	–
147.00 Haftpflichtrecht	–	1	–	27	2	1	31
148.00 Übriges Obligationenrecht	–	2	–	46	4	1	53
Total	–	12	–	466	98	16	592
150.00 Versicherungsvertragsrecht	1	5	–	32	2	–	40
160.00 Haftpflicht für Eisenbahn, elektrische und Rohrleitungsanlagen, Kernenergie	–	–	–	–	–	–	–
169.90 Geistiges Eigentum und Datenschutz							
170.00 Marken-, Design- und Sortenschutz	–	1	–	15	–	–	16
171.00 Erfindungspatente	–	1	–	6	–	–	7
172.00 Urheberrecht	–	–	–	6	1	–	7
173.00 Datenschutz (inkl. Öffentlichkeitsprinzip)	–	–	–	–	–	–	–
Total	–	2	–	27	1	–	30
175.00 Unlauterer Wettbewerb	–	–	–	3	–	–	3
176.00 Kartellrecht	–	–	–	2	1	–	3
190.00 Übriges Zivilrecht	–	–	–	–	–	–	–
200.00 Schuldbetreibung und Konkurswesen	1	1	–	346	153	7	508
Total Privatrecht	5	27	1	1422	294	34	1783

	Nichtigkeits- beschwerden usw.	andere Fälle	Beschwerden in Strafsachen	Aufsichts- beschwerden	Revisionsgesuche usw.	Total
Strafrecht						
300.01 StGB allgemeiner Teil						
301.00 Strafzumessung	2	–	56	–	–	58
302.00 Bedingter Strafvollzug	–	–	33	–	–	33
303.00 Massnahmen	–	–	17	–	1	18
304.00 Jugendliche und junge Erwachsene	–	–	–	–	–	–
305.10 Strafbarkeit	–	–	–	–	–	–
305.20 Absehen von Strafe	–	–	–	–	–	–
305.30 Verjährung	–	–	–	–	–	–
305.40 Übertretungen	–	–	–	–	–	–
305.90 Übrige Fragen	1	–	232	1	11	245
Total	3	–	338	1	12	354
309.90 StGB besonderer Teil						
310.00 Delikte gegen Leib und Leben	3	–	111	–	–	114
311.00 Vermögensdelikte	–	–	131	–	–	131
311.10 Strafbare Handlungen gegen das Vermögen	–	–	128	–	–	128
312.00 Ehrverletzungen	–	–	39	–	6	45
313.00 Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	–	–	25	–	1	26
314.00 Sittlichkeitsdelikte	–	–	56	–	–	56
315.00 Urkundendelikte	–	–	15	–	–	15
316.00 Andere Delikte	1	–	85	–	3	89
Total	4	–	462	–	10	476
319.99 Strafbestimmungen anderer Bundesgesetze						
320.00 Strafbestimmungen des SVG	–	–	108	–	–	108
321.00 Strafbestimmungen des Betäubungsmittelgesetzes	–	–	54	–	–	54
322.00 Strafbestimmungen anderer Bundesgesetze	–	–	21	–	–	21
330.00 Verwaltungsstrafrecht	–	–	–	–	–	–
Total	–	–	183	–	–	183
339.90 Verfahrensrecht (s. Ziffer 031.00)						
	–	–	–	–	–	–
349.90 Straf- und Massnahmenvollzug						
350.00 Bedingte Entlassung	–	–	5	–	–	5
351.00 Andere Fragen	–	–	42	–	–	42
Total	–	–	47	–	–	47
Total Strafrecht	7	–	1030	1	22	1060
Weitere Geschäfte						
390.00 Aufsichtsbeschwerden	–	–	–	3	–	3
400.00 Freiwillige Gerichtsbarkeit	–	1	–	–	–	1
Total Weitere Geschäfte	–	1	–	3	–	4